

erzielte im Berichtsjahr einen Überschuss von 1,334 Milliarden Euro; das Geschäftsjahr 2009 hatte sie mit einem Überschuss in Höhe von 2,218 Milliarden Euro abgeschlossen.*

Zwei Faktoren sieht die Notenbank als ursächlich für den im Vergleich zum Vorjahr niedriger ausfallenden Überschuss: erstens geringere Nettozinserträge infolge niedrigerer Zinssätze sowohl für die Hauptrefinanzierungsgeschäfte des Eurosystems als auch für die Währungsreserven in US-Dollar sowie zweitens die Tatsache, dass 2010 kein Gold veräußert wurde.

Der EZB-Rat beschloss, der Rückstellung für Risiken zum 31. Dezember 2010 einen Betrag in Höhe von 1,163 Milliarden Euro zuzuführen und diese dadurch auf ihren derzeitigen Höchstbetrag von 5,184 Milliarden Euro zu erhöhen. Der ausgewiesene Nettogewinn der EZB für das Jahr 2010 betrug folglich 171 Millionen Euro. Der Rat entschied, diesen Betrag in voller Höhe an die nationalen Zentralbanken (NZBen) des Euroraums auszuschütten. Die Rückstellung für Risiken dient der Absicherung gegen mögliche Verluste durch Wechselkurs-, Zinsänderungs-, Kredit- und Goldpreisrisiken. Der Umfang und die Notwendigkeit dieser Rückstellung werden jährlich geprüft.

Die Erträge aus der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit der EZB resultieren in erster Linie aus der Anlage ihrer Währungsreserven und ihres Eigenmittelportfolios, dem Zinsertrag aus ihrem achtprozentigen Anteil am gesamten Euro-Banknotenumlauf sowie aus Nettozinseinkünften aus Wertpapieren, die im Rahmen des Programms zum Ankauf gedeckter Schuldverschreibungen (seit Juli 2009) und im Rahmen des Programms für die Wertpapiermärkte (seit Mai 2010) für geldpolitische Zwecke erworben wurden.

2010 betrug das Nettozinsergebnis 1,422 (1,547) Milliarden Euro. Es umfasste Zinserträge in Höhe von 654 (787) Millionen Euro aus dem Anteil der EZB am Euro-Banknotenumlauf, Nettozinseinkünfte in Höhe von 140 (18) Millionen Euro aus im Rahmen des Programms zum Ankauf gedeckter Schuldverschreibungen erworbenen Wertpapieren sowie Nettozinserträge in Höhe von 438 Millionen Euro aus im Rahmen des Programms für die Wertpapiermärkte erworbenen Wertpapieren.

EZB-Jahresabschluss

In der Sitzung des EZB-Rats vom 3. März 2011 erfolgte die Feststellung des geprüften Jahresabschlusses 2010 der Europäischen Zentralbank (EZB). Die Notenbank

Die EZB leistete Zinszahlungen in Höhe von 346 (443) Millionen Euro an die NZBen im Zusammenhang mit deren Forderungen aus der Übertragung von Währungsreserven an die EZB; die Zinserträge aus Währungsreserven beliefen sich auf 366 (700) Millionen Euro im Jahr 2009.

Die realisierten Gewinne aus Finanzgeschäften sanken von 1,103 Millionen Euro im Jahr 2009 auf 474 Millionen Euro, da 2010 kein Gold veräußert wurde. 2010 führten vor allem nicht realisierte Verluste bei marktfähigen Wertpapieren, die nicht für geldpolitische Zwecke gehalten werden, zu Abschreibungen in Höhe von 195 (38) Millionen Euro. Die Sachaufwendungen der EZB für Personal, Gebäudemieten, Honorare sowie sonstige Waren und Dienstleistungen beliefen sich 2010 auf 415 Millionen Euro (einschließlich Abschreibungen auf Sachanlagen in Höhe von 14 Millionen Euro) gegenüber 401 Millionen Euro im Vorjahr. Der Jahresabschluss sowie der Managementbericht für das Geschäftsjahr 2010 sind Teil des Jahresberichts 2010 der EZB, der am 19. April 2011 veröffentlicht wird.

* Nach einer technischen Anpassung zum 31. Dezember 2009 wurde ein Teil der EZB-Rückstellung für Risiken in Höhe von 35 Millionen Euro aufgelöst; das ausgewiesene Nettoergebnis für das Jahr 2009 stieg dadurch geringfügig auf 2,253 Milliarden Euro.

Jahresabschluss 2010 der Bundesbank

Die Deutsche Bundesbank hat im Geschäftsjahr 2010 einen Jahresüberschuss von 2,2 Milliarden Euro erzielt, nach 4,1 Milliarden Euro im Vorjahr. Der Jahresüberschuss wurde gemäß § 27 Nr. 2 Bundesbankgesetz am 8. März 2011 in voller Höhe an den Bund abgeführt. Als Grund für den Rückgang des Gewinns nennt die Notenbank vor allem eine höhere Risikovorsorge. Die Zuführung zu Rückstellungen für allgemeine Wagnisse, Preis- und Währungsrisiken wird in der GuV-Rechnung der Notenbank mit 1,631 Milliarden Euro veranschlagt und wird in gleicher Höhe auch für die beiden Folgejahre eingestellt.

Als Grund für die erhöhten Rückstellungen wurden nicht zuletzt die höheren

Risiken für die Geldpolitik durch die Sonderprogramme der EZB genannt. Insbesondere im Hinblick auf die im Zuge der Finanzkrise deutlich gestiegenen Bestände an risikotragenden Aktiva wird diese Aufstockung der Risikovorsorge für notwendig gehalten.

Die Erhöhung der Risikovorsorge, so betont die Bundesbank, steht im Einklang mit der Politik der Europäischen Zentralbank (EZB), die in ihrem Jahresabschluss für 2010 ihre Wagnisrückstellung ebenfalls erhöht hat, und zwar um 1,2 Milliarden Euro. Bilanzpositionen, die Marktpreisschwankungen unterliegen, so wird erläutert, werden grundsätzlich zu Marktpreisen bewertet. Die dabei anfallenden Bewertungsgewinne sind nicht erfolgswirksam, sondern werden in einem passivischen „Ausgleichsposten aus Neubewertung“ ausgewiesen. Sie betragen in Summe 110,5 Milliarden Euro (Gold 107,4 Milliarden Euro, Devisen 2,7 Milliarden Euro, Wertpapiere 0,5 Milliarden Euro).

Die wichtigste Quelle für den Bundesbankgewinn waren die Zinserträge in Höhe von 6,2 (7,6) Milliarden Euro, von denen 5,7 (6,6) Milliarden Euro auf Zinserträge in Euro entfielen. Als ursächlich für den anhaltenden Rückgang der Zinserträge wurden die weiterhin historisch niedrigen Leitzinsen des Eurosystems genannt.

Den Zinserträgen standen Zinsaufwendungen von 2,6 (3,5) Milliarden Euro gegenüber, so dass sich ein Nettozinsertrag von 3,6 (4,2) Milliarden Euro ergab. Für den Rückgang des Jahresergebnisses um 1,9 Milliarden Euro war neben dem Nettozinsertrag insbesondere die angesprochene Dotierung der Wagnisrückstellung maßgeblich.

EZB-Direktorium: Ernennung gebilligt

Anfang März 2011 hat der EZB-Rat eine Stellungnahme zu einer Empfehlung des Rates der Europäischen Union zur Ernennung von Peter Praet als neues Mitglieds des Direktoriums der EZB verabschiedet. Der EZB-Rat sieht in dem Kandidaten eine in Währungs- oder Bankfragen anerkannte und erfahrene Persönlichkeit im Sinne von Artikel 283 Absatz 2 des Vertrags über

die Arbeitsweise der Europäischen Union und hat demnach keine Einwände gegen die Ernennung. Nach der Stellungnahme des EZB-Rats und einer Stellungnahme des Europäischen Parlaments fasst der Europäische Rat mit den Stimmen der Mitglieder, die dem Euro-Währungsgebiet angehören, den Beschluss über die Ernennung.

Bundesbankvorstand: Anhörungen

Die Anhörungen des Vorstands der Deutschen Bundesbank gemäß § 7 Absatz 3 des Gesetzes über die Deutsche Bundesbank zur Nominierung von Dr. Jens Weidmann zum Präsidenten und von Sabine Lautenschläger-Peiter zur Vizepräsidentin der Deutschen Bundesbank haben Anfang März stattgefunden. Der Vorstand hat gegen beide Kandidaten keine Einwände erhoben.

Refinanzierung

Der EZB-Rat hat Anfang März 2011 beschlossen, die Hauptrefinanzierungsgeschäfte (HRGs) so lange wie erforderlich, mindestens jedoch bis zum Ende der sechsten Mindestreserve-Erfüllungsperiode des Jahres 2011 am 12. Juli 2011, weiterhin als Mengentender mit Vollzuteilung abzuwickeln. Auch bei den Refinanzierungsgeschäften des Eurosystems mit einer Sonderlaufzeit von der Dauer einer Erfüllungsperiode, die ebenfalls so lange wie nötig und mindestens bis zum Ende des zweiten Quartals 2011 durchgeführt werden, soll dieses Verfahren weiter zum Einsatz kommen. Der Festzins wird hierbei dem jeweils geltenden Hauptrefinanzierungssatz entsprechen.

Des Weiteren hat der EZB-Rat beschlossen, die längerfristigen Refinanzierungsgeschäfte (LRGs) mit dreimonatiger Laufzeit, die am 27. April, 25. Mai beziehungsweise 29. Juni 2011 zugeteilt werden, als Mengentender mit Vollzuteilung durchzuführen. Die Zinssätze für diese LRGs mit dreimonatiger Laufzeit werden dem durchschnittlichen Zinssatz der während der Laufzeit des jeweiligen Geschäfts durchgeführten HRGs entsprechen.

Zeitschrift für das gesamte Kreditwesen



Verlag und Redaktion:

Verlag Fritz Knapp GmbH
Aschaffener Str. 19, 60599 Frankfurt,
Postfach 11 11 51, 60046 Frankfurt.

Telefon: (0 69) 97 08 33 - 0, Telefax: (0 69) 7 07 84 00
E-Mail: red.zfgk@kreditwesen.de
Internet: www.kreditwesen.de

Herausgeber: Klaus-Friedrich Otto

Chefredaktion: Dr. Berthold Morschhäuser,
Philipp Otto

Redaktion: Swantje Benkelberg, Lars Haugwitz,
Alexander Hofmann, Barbara Hummel, Frankfurt
am Main

Redaktionssekretariat und Layout: Anja Oehrl

Die mit Namen versehenen Beiträge geben nicht immer die Meinung der Redaktion wieder. Bei unverlangt eingesandten Manuskripten ist anzugeben, ob dieser oder ein ähnlicher Beitrag bereits einer anderen Zeitschrift angeboten worden ist. Beiträge werden nur zur Alleinveröffentlichung angenommen.

Die Zeitschrift und alle in ihr enthaltenen einzelnen Beiträge und Abbildungen sind urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlags unzulässig.

Manuskripte: Mit der Annahme eines Manuskripts zur Veröffentlichung erwirbt der Verlag vom Autor das ausschließliche Verlagsrecht sowie das Recht zur Einspeicherung in eine Datenbank und zur weiteren Vervielfältigung zu gewerblichen Zwecken in jedem technisch möglichen Verfahren. Die vollständige Fassung der Redaktionsrichtlinien finden Sie unter www.kreditwesen.de.

Verlagsleitung: Uwe Cappel

Anzeigenleitung: Ralf Werner, Tel. (0 69) 97 08 33 - 43

Anzeigenposition:

Anne Guckes, Tel. (0 69) 97 08 33 - 26,
sämtl. Frankfurt am Main, Aschaffener Str. 19.

Zurzeit ist die Anzeigenpreisliste Nr. 53 vom 1.1.2011 gültig.

Zitierweise: KREDITWESEN

Erscheinungsweise: am 1. und 15. jeden Monats.

Bezugsbedingungen: Abonnementspreise incl. MwSt. und Versandkosten: jährlich € 477,36 bei Abonnements-Teilzahlung: 1/2-jährlich € 245,16, 1/4-jährlich € 124,98. Ausland: jährlich € 499,68. Preis des Einzelheftes € 20,00 (zuzügl. Versandkosten).

Bestandteil des Abonnements ist eine 4-mal jährlich erscheinende Ergänzungsausgabe (Supplement) „Technik – IT für Finanzdienstleister“.

Verbundabonnement mit der Zeitschrift »bank und markt«: € 725,28, bei Abonnements-Teilzahlung: 1/2-jährlich € 381,00, 1/4-jährlich € 199,80. Ausland: jährlich € 752,64.

Studenten: 50% Ermäßigung (auf Grundpreis).

Der Bezugszeitraum gilt jeweils für ein Jahr. Er verlängert sich automatisch um ein weiteres Jahr, wenn nicht einen Monat vor Ablauf dieses Zeitraumes eine schriftliche Abbestellung vorliegt. Bestellungen direkt an den Verlag oder an den Buchhandel.

Bei Nichterscheinen ohne Verschulden des Verlags oder infolge höherer Gewalt entfallen alle Ansprüche.

Bankverbindung: Landesbank Hessen-Thüringen – Girozentrale – 10 555 001 (BLZ 500 500 00), Frankfurt am Main.

Druck: Druckerei Hassmüller Graphische Betriebe GmbH & Co. KG, Königsberger Str. 4, 60487 Frankfurt am Main.

ISSN 0341-4019



Target-2-Salden der Bundesbank

Im Rahmen der Berichterstattung der Bundesbank über das Geschäftsjahr 2010 spielten auch die Target-2-Forderungen und Verbindlichkeiten der Eurozone eine Rolle. Während die Bundesbank mit 325,6 Milliarden Euro und dann mit weitem Abstand und zum Teil nur noch geringfügig positiven Salden die Notenbanken der Länder Luxemburg, Niederlande, Finnland und Italien Forderungen aufweisen, haben die anderen elf Mitgliedsländer per 31. Dezember 2010 Verbindlichkeiten – die größten Irland, Griechenland, Portugal, Spanien, Frankreich und Österreich. Estland als mittlerweile 17. Mitgliedsland der Eurozone ist in dieser Zusammenstellung naturgemäß noch nicht berücksichtigt. Die Deutsche Bundesbank hat diese Konstellation Ende Februar dieses Jahres in einer Pressemitteilung erläutert. Die Redaktion zitiert im Wortlaut:

„Im Rahmen der gemeinsamen Geldpolitik in der Europäischen Währungsunion (EWU) stellt das Eurosystem den Geschäftsbanken des Währungsraums Zentralbankgeld dezentral, das heißt über die jeweiligen nationalen Zentralbanken, bereit. Target-Salden sind das Ergebnis der grenzüberschreitenden Verteilung von Zentralbankgeld innerhalb der dezentralen Struktur des Eurosystems. Die Höhe und die Verteilung der Target-2-Salden über die nationalen Notenbanken des Eurosystems sind für deren Risikoposition aus der Mittelbereitstellung des Eurosystems jedoch unerheblich: Target-2-Salden stellen für die einzelnen nationalen Notenbanken keine eigenständigen Risiken dar.“

Die Deutsche Bundesbank wies Ende 2010 einen positiven Target-Saldo in Höhe von 325,5 Milliarden Euro aus. Die Entwicklung dieses Saldos steht in engem Zusammenhang zu dem durch die Finanzkrise seit 2007 deutlich veränderten Refinanzierungsverhalten der Kreditinstitute im Euro-Raum. Vor der Finanzkrise entfiel auf deutsche Banken mit über 50 Prozent des Refinanzierungsvolumens ein sehr hoher Anteil der gesamten Eurosystem-Refinanzierungsgeschäfte. Dies ermöglichte es ihnen, anderen Banken innerhalb des gemeinsamen Währungsraums in erheblichem Umfang Zentralbankgeld zur Verfügung zu stellen. Der in der Finanzkri-

se seit 2007 zu konstatierende gegenseitige Vertrauensverlust am europäischen Interbankenmarkt führte zu einer deutlichen Einschränkung dieser Intermediationsfunktion und in dessen Folge zu einem sinkenden Anteil an den geldpolitischen Refinanzierungsgeschäften. Zudem kam es mit der zunehmenden Stabilisierung des deutschen Bankensystems zu einem Zufluss an liquiden Mitteln aus den übrigen EWU-Ländern. Dadurch wurde den deutschen Banken eine Rückführung ihrer Refinanzierungsgeschäfte bei der Bundesbank möglich.

Umgekehrt erhalten Banken in einer Reihe anderer EWU-Länder seitdem verstärkt Zentralbankgeld über das Eurosystem. Das Eurosystem hat im Rahmen seiner geldpolitischen Refinanzierungsgeschäfte dieses veränderte Nachfrageverhalten durch eine Reihe operativer Maßnahmen gestützt. So wurde im Zuge der Krise die Liquiditätsbereitstellung – vor allem durch den Übergang zur Vollzuteilung in den Refinanzierungsgeschäften – deutlich ausgeweitet, um den Verwerfungen am Geldmarkt entgegenzuwirken. Banken im Europäischen Währungsraum wurden mit ausreichend Liquidität versorgt, soweit sie die Voraussetzungen zur Teilnahme an den besicherten Geschäften des Eurosystems erfüllt haben.

Diese veränderte Struktur der Refinanzierungsgeschäfte trägt in hohem Maße zu steigenden Target-2-Forderungen der Deutschen Bundesbank bei. Hieraus entsteht jedoch kein eigenständiges Risiko über dasjenige der geldpolitischen Refinanzierungsgeschäfte hinaus. Für Letzteres gilt: Unabhängig davon, bei welcher nationalen Zentralbank ein Eurosystem-Refinanzierungsgeschäft getätigt wird, sind die damit verbundenen Risiken immer vom Eurosystem als Ganzes zu tragen. Die einzelne nationale Zentralbank ist daran risiko- und ertragsmäßig nach dem Kapitalschlüssel der EZB beteiligt. Folgerichtig werden die nationalen Target-2-Salden deshalb auch als Forderungen gegenüber der EZB verbucht.

Ein Verlustfall tritt im Übrigen nur dann ein, wenn ein Geschäftspartner des Eurosystems ausfällt und die von ihm hinterlegten Sicherheiten bei ihrer Verwertung trotz der vom Eurosystem angewandten Risikokontrollmaßnahmen nicht den vollen Wert der damit abgesicherten Refinanzierungsgeschäfte einbringen.“